



Chronik: Belarus im Jahr 2017

Januar	
04.01.2017	Der Vorsitzende der oppositionellen Vereinigten Bürgerpartei, Anatol Liabedzka, kündigt während einer Pressekonferenz an, die Partei sei bereit, in Fragen der Stärkung der Unabhängigkeit von Belarus auch mit der Regierung zusammenzuarbeiten.
05.01.2017	Das Hauptthema der Präsidentschaft von Belarus in der Zentraleuropäischen Initiative (CEI) im Jahr 2017 wird die Schaffung einer barrierefreien Umgebung in Europa sein, die u. a. zu europäischer Zusammenarbeit im Wirtschaftsbereich, besonders in Bezug auf Investitionen, beitragen soll, so das belarussische Außenministerium. Dazu gehört u. a. das Vereinheitlichen von Normen und Zollverfahren für die Entwicklung der Transport- und Logistikinfrastruktur.
09.01.2017	Der belarussische Präsident Aliaksandr Lukaschenka unterzeichnet den Erlass »Über visafreie Ein- und Ausreisen für Ausländer«, womit Belarus für Personen aus 80 Staaten, die über den Grenzübergang im Nationalflughafen Minsk für maximal fünf Tage ins Land kommen, Visagebühren aufhebt. Das visafreie Regime wird zum 12.02.2017 gültig.
10.01.2017	Belarus kann aktuell das Rückübernahmeabkommen im Sinne der EU nicht umsetzen, erklärt der Abteilungsleiter für Konsularfragen im Außenministerium von Belarus, Ihar Fisenka, bei einem Briefing. Die EU verknüpft die Frage der Visasierleichterungen für Belarus mit dem Abschluss des Rückübernahmeabkommens, so Fisenka.
13.01.2017	Der Jahresbericht 2016 der Menschenrechtsorganisation »Human Rights Watch« zu Belarus wird veröffentlicht. Es wird u. a. festgestellt, dass sich die allgemeine Menschenrechtssituation in Belarus 2016 nicht verbessert hat: Die Todesstrafe wird immer noch angewandt, Aktivisten und kritische Journalisten werden verfolgt. Gleichzeitig werden allerdings einige Verbesserungen aufgelistet, wie etwa der von den internationalen Beobachtern dokumentierte Fortschritt während der Parlamentswahlen 2016 sowie der von der belarussischen Regierung verabschiedete Plan zur Umsetzung der Empfehlungen des Universal Periodic Review (UPR) der UNO für Belarus für den Zeitraum 2016–2019.
15.01.2017	Belarus erwartet seitens der EU-Staaten in absehbarer Zeit keine Schritte im Hinblick auf Visafreiheit bei Kurzreisen von Belarussen, erklärt der Leiter der Konsularabteilung des belarussischen Außenministeriums, Ihar Fisenka.
15.–17.01.2017	Präsident Aliaksandr Lukaschenka hält sich zu einem offiziellen Besuch in Ägypten und dem Sudan auf und führt Gespräche u. a. mit dem Präsidenten Ägyptens, Abd al-Fattah Said Husain Chalil as-Sisi, und dem Präsidenten von Sudan, Umar Hasan Ahmad al-Baschir. Es werden Beziehungen in Handel und Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Gesundheitswesen, Sicherheit, Tourismus und im humanitären Bereich besprochen. Mit Ägypten werden zehn Dokumente über die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen unterzeichnet; mit dem Sudan ein Vertrag über freundschaftliche Beziehungen.
16.01.2017	Die Trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Ukraine-Krise tagt ein weiteres Mal in Minsk.
16.–20.01.2017	Eine SEED (Site and External Events Design)-Mission der Internationalen Atomenergieagentur hält sich in Belarus auf, um die Sicherheitslage des im Bau befindenden belarussischen Atomkraftwerks zu überprüfen. Laut der Atomenergieagentur kann das Projekt des AKW dem schlimmsten möglichen Szenario einer Bedrohung von außen standhalten.

17.01.2017	Das belarussische Außenministerium informiert über den Beschluss der EU, Belarus im Zeitraum 2017–2020 finanziell in Fragen der gestiegenen illegalen Migration mit 7 Mio. Euro zu unterstützen. Im Rahmen der technischen Hilfe sollen in Belarus mehrere Zentren für die vorübergehende Unterbringung von Migranten gebaut werden. Am gleichen Tag äußert der Außenminister Russlands, Sergej Lawrow, Sorgen in Bezug auf die geplanten Zentren aufgrund der fehlenden Grenzkontrollen zwischen Belarus und Russland.
19.01.2017	Laut dem veröffentlichten Bericht »Menschenrechtssituation in Belarus im Jahr 2016«, verfasst von der Menschenrechtssituation »Viasna«, gibt es keine systemischen Verbesserungen der Lage der Menschenrechte in Belarus im abgelaufenen Jahr.
23.–26.01.2017	Eine Delegation unter Leitung des ersten Vizeaußenministers, Andrej Jeudatschenka, nimmt an der Verhandlungsrunde zum Beitritt von Belarus zur Welthandelsorganisation (WTO) in Genf teil.
24.01.2017	Im Rahmen einer Sitzung des Politischen Ausschusses der PACE (Parlamentarische Versammlung des Europarates) finden in Straßburg Anhörungen zur Situation in Belarus statt. An der Diskussion nehmen u. a. zwei belarussische Parlamentsabgeordnete teil; eine davon ist die Oppositionsvertreterin Hanna Kanapatskaja. Es werden u. a. das Wahlgesetz sowie die Anwendung der Todesstrafe in Belarus diskutiert. Der PACE-Berichtserstatter für Belarus, Andrea Rigoni, schlägt einen runden Tisches in Minsk zur Reform der Wahlgesetzgebung mit einer Beteiligung internationaler Organisationen vor.
26.01.2017	Der Außenminister von Litauen, Linas Linkevičius, äußert Sorgen in Bezug auf die SEED (Site and External Events Design)-Mission der Internationalen Atomenergieagentur in Belarus vom 16.–20. Januar 2017. Laut Linkevičius sei die Mission nicht vollständig gewesen, weil nur zwei Prüfungsmodul von sechs möglichen durch die Atomenergieagentur berücksichtigt wurden. Früher hat Litauen andere EU-Länder zum Boykott des Energieimports aus dem belarussischen AKW aufgerufen; Grund dafür sei die nicht ausreichende Sicherheit des sich im Bau befindlichen AKW.
26.–27.01.2017	Der Premier-Minister Serbiens, Aleksandar Vučić, hält sich zu einem offiziellen Besuch in Belarus auf, und trifft sich u. a. mit Präsident Lukaschenka, mit seinem Amtskollegen Kabjakou sowie mit Vertretern des belarussischen Parlaments. Es wird ein Strategieplan zur Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern in den Jahren 2017–2018 unterzeichnet.
31.01.2017	Das jährliche Ranking der Menschenrechtsorganisation »Freedom House« »Freiheit in der Welt – 2017« wird veröffentlicht. Belarus bleibt wie zuvor ein »nicht-freies« Land und erhält 20 Punkte von möglichen 100. 2016 hatte das Land 17 Punkte erhalten.
Februar	
01.02.2017	Die Trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Ukraine-Krise tagt in Minsk.
01.02.2017	Informationen über die Einrichtung einer Grenzzone zwischen Russland und Belarus in den Regionen Brjansk, Smolensk und Pskow zum 6. Februar 2017 werden auf mehreren Webportalen in Russland veröffentlicht. Die entsprechende Anordnung sollte bereits am 29. Dezember 2016 unterzeichnet worden sein. Am nächsten Tag erklärt das belarussische Außenministerium, dass diese Entscheidung ohne Absprache mit Belarus getroffen wurde und zahlreichen Vereinbarungen zwischen den beiden Ländern widerspricht.
01.–04.02.2017	Eine Parlamentsdelegation aus Pakistan ist zu einem offiziellen Besuch in Belarus. Präsident Aliaksandr Lukaschenka trifft sich mit dem Vorsitzenden des pakistanischen Senats, Mian Raza Rabbani, in Minsk. Dabei werden vor allem Perspektiven des gemeinsamen Handels besprochen.

03.02.2017	In Minsk findet ein »Großes Gespräch mit dem Präsidenten« statt – ein neues Format der Kommunikation zwischen dem Präsidenten und der Bevölkerung. Zum Gespräch werden u. a. einige unabhängige Journalisten und Experte eingeladen. Das Gespräch dauert über sieben Stunden und umfasst u. a. folgende Themen: die Eskalation des Konflikts mit Russland, Beziehungen mit dem Westen, die wirtschaftliche Situation in Belarus, die Migrationssituation in Belarus im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise, der Bau des AKW und der damit verbundene Konflikt mit Litauen, die fehlende nationale Idee in Belarus und die belarussische Sprache.
06.02.2017	Die am 29. Dezember 2016 getroffene Entscheidung seitens Russlands, eine Grenzzone zwischen Russland und Belarus in den Regionen Brjansk, Smolensk und Pskow einzurichten, tritt in Kraft. Die russische Seite informiert, dass die neuen Regelungen nur Angehörige dritter Staaten betreffen – Belarussen sollen wie früher visumsfrei nach Russland reisen können. Präsident Lukaschenka nannte am 3. Februar das Handeln Russlands einen »politischen Angriff«.
7.02.2017	Der Blogger Alexander Lapshyn, der über die russische und israelische Staatsbürgerschaft verfügt, wird von den belarussischen Behörden nach Baku ausgeliefert. Er wurde in Minsk am 14. Dezember 2016 auf Anfrage von Aserbaidschan inhaftiert, weil er die nicht anerkannte Republik Berg-Karabach besucht hat. Das Außenministerium Russlands kündigt an, dies entspräche nicht der Natur der Freundschaftsbeziehungen zwischen Belarus und Russland.
07.–08.02.2017	Menschenrechtler aus Belarus nehmen an den Anhörungen zum Thema »Todesstrafe in Belarus« im EU-Parlament in Brüssel teil und führen Gespräche im Europarat (PACE) in Straßburg.
09.02.2017	Die Präsidentin Litauens, Dalia Grybauskaitė, äußert die Meinung, dass die geplanten russisch-belarussischen Militärübungen »Westen-2017« (Russisch: »Zapad-2017«) die Vorbereitung dieser Länder auf einen Krieg mit dem Westen zeigt.
11.02.2017	Der bekannte ukrainische Schriftsteller, Serhej Zhadan, wird in Minsk verhaftet; dem Schriftsteller wird die Einreise nach Russland (d. h. auch nach Belarus) wegen angeblicher »Beteiligung an terroristischen Aktivitäten« untersagt. Nach der Einmischung des ukrainischen Außenministeriums wird das Einreiseverbot allerdings bereits am nächsten Tag aufgehoben.
14.02.2017	In Minsk findet die 1. Sitzung des Gremiums nationaler Koordinatoren der Zentraleuropäischen Initiative (CEI) statt. Zur Sitzung sind 18 Vertreter der CEI angereist, darunter CEI-Generalsekretär Giovanni Caracciolo di Vietri und die stellvertretende CEI-Generalsekretärin Margot Klestil-Löffler.
15.02.2017	In Minsk tagt die Trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Ukraine-Krise.
17. und 19.02.2017	Es finden in allen Regionalzentren in Belarus die von der Opposition organisierten Kundgebungen gegen den 2015 vom Präsidenten unterschriebenen Erlass »Über die Verhinderung sozialen Schmarotzertums« statt, der vorsieht, dass in Belarus registrierte Bürger (mit einzelnen Ausnahmen) eine jährliche Pauschalsteuer in Höhe von ca. 230 Euro an den Staat entrichten müssen. Die größten Proteste werden aus Minsk (17.02., ca. 2000 Menschen) und Homel (19.02., ca. 2000 Menschen) gemeldet. Es handelt sich um die größten Proteste in Belarus seit der Präsidentschaftswahl 2010. Obwohl die Proteste von den Behörden nicht erlaubt wurden, kommt es zu keinen Verhaftungen.
20.02.– 06.03.2017	Lokale Anwohner sowie Aktivisten, Menschenrechtler und Oppositionelle protestieren gegen den Bau eines Geschäftszentrums neben dem bis 2014 geschützten Gedenkort »Kurapaty« in Minsk, wo in den 1930er und 1940er Jahren 7.000 bis 250.000 Menschen von sowjetischen Behörden getötet und begraben wurden. Die Proteste finden an der Baustelle tags und nachts mit 15 bis 250 Teilnehmern statt. Das Thema wird u. a. in staatlichen Medien aufgegriffen. Am 27. Februar werden die Bauarbeiten von der Baufirma gestoppt.

21.–22.02.2017	Der Außenminister von Belarus, Uladsimir Makej, hält sich zu einem Arbeitsbesuch in Moskau auf. Er führt ein Arbeitstreffen mit seinem Amtskollegen Sergej Lawrow – dabei werden die Außenpolitik des Unionsstaates in den Jahren 2016–2018, die Zusammenarbeit mit der UNO und der OSZE sowie Fragen der bilateralen Zusammenarbeit besprochen.
23.02.2017	Der Verteidigungsminister von Belarus, Andrei Raukou, erklärt, dass die geplanten gemeinsamen russisch-belarussischen Militärübungen »Sapad-2017« (auf Deutsch: »Westen-2017«) weder für die Souveränität von Belarus noch für die westlichen Nachbarstaaten von Belarus eine Bedrohung darstellen.
23.02.2017	Die Präsidentin Litauens, Dalia Grybauskaitė, äußert die Meinung, dass der Bau des AKW in Belarus ein gegen Litauen gerichtetes russisches geopolitisches Projekt sei.
23.–24.02.2017	Eine belarussische Parlamentsdelegation nimmt an der Wintersession der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Wien teil.
26.02.– 19.03.2017	In Belarus kommt es landesweit erneut zu Protesten, die sich gegen den 2015 vom Präsidenten unterschriebenen Erlass Nr. 3 »Über die Verhinderung sozialen Schmarotzertums« richten sowie gegen die allgemeine Wirtschafts- und Innenpolitik der Regierung. Die Kundgebungen finden u. a. in Minsk, Hrodna, Brest, Witsebsk, Mahileu, Baranawitschy, Babruisk, Maladsetschna, Pinsk, Rahatschou, Orscha und Slonim statt. Die Teilnehmerzahl variiert von 100 bis über 3000. In den drauf folgenden Wochen kommt es zu mehreren, teils gewaltsamen Festnahmen und Verhaftungen der Aktivisten, Oppositionsleiter und Journalisten sowie zu Geldstrafen landesweit. Zum Stand 23. März berichten Menschenrechtsaktivisten von insgesamt über 250 Festnahmen.
27.02.2017	Der Rat der EU verlängert die verbliebenen Sanktionen gegen Belarus um ein weiteres Jahr (bis zum 28. Februar 2018). Es handelt sich um ein Waffenembargo sowie das Einfrieren der Vermögenswerte und ein Reiseverbot für vier Personen, die mit dem ungeklärten Verschwinden zweier Oppositionspolitiker, eines Geschäftsmanns und eines Journalisten in den Jahren 1999 und 2000 in Zusammenhang gebracht werden.
28.02.2017	Der stellvertretende Außenminister von Belarus, Walianin Rybakou, nimmt an der 34. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates in Genf teil. Rubakou ruft den UN-Menschenrechtsrat u. a. dazu auf, auf Probleme und Bedürfnisse konkreter Staaten einzugehen sowie die UN-Monitoringmechanismen nur in Abstimmung mit legalen Regierungen anzuwenden.
28.02.– 02.03.2017	Der Präsident Georgiens, Giorgi Margwelaschwili, hält sich zu einem offiziellen Besuch in Belarus auf. Es werden u. a. Gespräche mit Präsident Aliaksandr Lukaschenka und der Regierung sowie im Parlament durchgeführt. Beide Staatshäupter bestätigen das Interesse ihrer Länder an der Stärkung der bilateralen Zusammenarbeit.
März	
01.03.2017	Ein weiteres Treffen der Kontaktgruppe zur Beilegung der Ukraine-Krise findet in Minsk statt.
06.03.2017	Ein Treffen zwischen dem Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses für Menschenrechte, nationale Beziehungen und Massenmedien, Andrej Naumowitsch, und der Beauftragten für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, MdB Dr. Bärbel Kofler, findet in Minsk statt. Im Mittelpunkt des Gesprächs steht der Nationalplan für Menschenrechte in Belarus 2016–2019.
09.03.2017	Präsident Aliaksandr Lukaschenka trifft die Entscheidung, die Wirkung des Erlasses Nr. 3 »Über die Verhinderung sozialen Schmarotzertums« für ein Jahr auszusetzen. Der Erlass solle allerdings nicht aufgehoben werden.
12.03.2017	Die Europäische Union ruft belarussische Behörden auf, alle in den letzten Wochen im Zusammenhang mit den friedlichen Protesten Verhafteten, freizulassen.

13.–14.03.2017	Der Staatssekretär für Europa im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, Michael Roth, hält sich zu einem offiziellen Besuch in Belarus auf. Der Besuch findet aus Anlass des 25. Jahrestages der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Belarus statt. Der Staatssekretär trifft sich u. a. mit dem Außenminister von Belarus, Uladsimir Makej, mit Parlamentariern und Vertretern der Zivilgesellschaft und eröffnet in Minsk die von deutschen und belarussischen Historikern gemeinsam konzipierte Wanderausstellung »Vernichtungsort Malyj Trostenez. Geschichte und Erinnerung«.
14.03.2017	Die Belarussische Nationale Plattform des Forums der Zivilgesellschaft der Östlichen Partnerschaft, die mehr als 70 Organisationen vereint, fordert die Behörden dazu auf, die Repressionen gegen friedliche Demonstranten in Belarus zu stoppen sowie den Erlass Nr. 3 aufzuheben.
15.03.2017	Die Internationale Menschenrechtsorganisation »Reporter ohne Grenzen« verurteilt die Inhaftierungen von Journalisten und Blogger, die über die Proteste in Belarus vom 10.–12. März in verschiedenen Städten berichtet haben.
15.03.2017	Der stellvertretende Außenminister von Polen, Marek Sulkowski, der am Treffen der stellvertretenden Außenminister der Mitgliedstaaten der Visegrád-Gruppe und der Östlichen Partnerschaft in Minsk teilnimmt, ruft die belarussischen Behörden zur Freilassung der festgenommenen Teilnehmenden der sozialen Proteste in Belarus auf.
15.03.2017	Der Vizepremier und Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten Belgiens, Didier Reynders, hält sich zu einem offiziellen Besuch in Belarus auf und trifft sich mit Präsident Aliaksandr Lukaschenka und mit Außenminister Uladsimir Makej. Belgien möchte Belarus als Teilnehmerland des Gipfeltreffens der »Östlichen Partnerschaft« 2017 sehen, so Reynders. Der belgische Außenminister sieht auch Perspektiven für die Vereinfachung des Visaregimes zwischen Belarus und der EU.
15.03.2017	In Minsk tagt die Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine.
15.–17.03.2017	Die Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Christine Muttonen, besucht mit einer Delegation Belarus und führt Gespräche u. a. mit Präsident Lukaschenka, Außenminister Makej, den Vorsitzenden der Repräsentantenkammer der Nationalversammlung, Uladsimir Andreitschanka, und des Rates der Republik, Mikchail Mjasnikowitsch. Der Besuch widmet sich der Planung der 26. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, die 2017 in Minsk geplant ist. Auch die Festnahmen von Aktivisten und Journalisten werden von Muttonen angesprochen.
16.03.2017	Präsident Aliaksandr Lukaschenka trifft sich mit dem Leiter der IWF-Mission in Belarus, Peter Dolman, um die Zusammenarbeit zwischen Belarus und dem IWF zu besprechen. Wie früher angekündigt, will Belarus beim IWF einen Kredit in Höhe von 3,5 Mrd. US-Dollar beantragen.
17.03.2017	Die Beobachtungsstelle für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern fordert die belarussischen Behörde zur Einstellung der Verfolgung von Menschenrechtlern in Belarus auf, die an sozialen Protesten teilnehmen.
17.03.2017	Der Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), Michael Georg Link, fordert die belarussischen Behörden auf, das Recht der Bürger auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu respektieren.
18.03.2017	Die Europäische Union ruft die Verantwortlichen in Belarus dazu auf, alle festgenommenen Teilnehmer der sozialen Proteste sowie Journalisten unverzüglich freizulassen.
20.03.2017	Präsident Aliaksandr Lukaschenka kündigt an, Belarus habe nicht vor, die Kooperation mit Russland im militärischen Bereich einzustellen, auch wenn es in anderen Bereichen Probleme und Spannungen gebe.

20.03.2017	Der Beauftragte der polnischen Regierung für strategische Energieinfrastruktur, Peter Naimsky, erklärt, dass Polen sich entschieden habe, keine Atomenergie aus Belarus zu beziehen. Damit unterstützt Polen den litauischen Boykott von Exporten des belarussischen AKW. Grund dafür sei die nicht ausreichende Sicherheit des sich im Bau befindlichen AKW.
21.03.2017	Präsident Aliaksandr Lukaschenka berichtet während seines Aufenthaltes in Mahileu über mehrere festgenommene bewaffnete Kämpfer in Belarus, die eine gewaltsame »Provokation« im Land geplant hätten. Sie hätten in Militärlagern in Polen, Litauen oder der Ukraine trainiert, so der Präsident.
21.03.2017	Der Leiter des Menschenrechtszentrums »Viasna« Ales Bialiatski erklärt auf einer Pressekonferenz, dass die belarussischen Behörden in Zeiten der politischen Krise eine falsche Strategie gewählt haben – statt Repressionen benötige man einen Dialog.
21.03.2017	Der Außenminister von Litauen, Linas Linkevičius, nennt die vom belarussischen Präsidenten verbreiteten Information über Militärlager in Litauen »eine Räubergeschichte« und fordert die belarussischen Behörden dazu auf, die ständige Suche nach Feinden im In- und Ausland aufzugeben.
21.03.2017	Die Internationale Föderation für Menschenrechte verurteilt das erste Todesurteil des laufenden Jahr in Belarus, das am 17. März gegen Aleksei Mikhalenja verhängt wurde.
22.03.2017	Das ukrainische Außenministerium weist die vom belarussischen Präsidenten verbreiteten Information über Militärlager in der Ukraine zurück.
22.03.2017	Das Außenministerium von Polen äußert sich besorgt über die massenhaften Festnahmen von Aktivisten und Journalisten in Belarus.
22.–23.03.2017	Vertreter der Opposition und Zivilgesellschaft aus Belarus treffen sich während ihres Aufenthalts in Polen mit dem stellvertretenden Außenminister von Polen, Marek Sułkowski, und nehmen an der Sitzung des polnischen Sejms zur Situation in Belarus teil.
23.03.2017	Die Kommission für internationale Angelegenheiten im polnischen Sejm ruft die belarussischen Behörden zur Beendigung der Repressionen gegen Aktivisten, Oppositionellen, Menschenrechtlern und Journalisten in Belarus und zur Aufnahme eines Dialogs mit der Zivilgesellschaft auf.
23.03.2017	48 Menschenrechtsorganisationen aus 24 Ländern – darunter Crude Accountability (USA), Internationale Föderation für Menschenrechte, Freedom Files (Russland/Polen), Libereco (Schweiz/Deutschland), Menschenrechte in Belarus e.V. (Deutschland), Ostgruppen (Schweden) und andere – unterzeichnen einen offenen Brief an Aliaksandr Lukaschenka mit einem Appell, alle, die für ihre Teilnahme an friedlichen Protesten in Belarus festgenommen wurden, freizulassen.
23.–25.03.2017	Der Berichterstatter des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Demokratie der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE), Andrea Rigoni, besucht Belarus und trifft sich u. a. mit Präsident Aliaksandr Lukaschenka und mit dem Vorsitzenden der Repräsentantenkammer der Nationalversammlung von Belarus, Uladsimir Andrraitschanka. Belarus sei ein junger Staat, daher gäbe es noch Probleme mit Demokratie und Menschenrechten im Land, so Andrraitschanka. Rigoni spricht sowohl über die Fortschritte in Belarus, wie z. B. die Schaffung einer parlamentarischen Arbeitsgruppe zur Frage die Todesstrafe, als auch über die Probleme.
24.03.2017	Das Forum der Zivilgesellschaft der Östlichen Partnerschaft ruft die Behörden in Belarus zur unverzüglichen Beendigung der Repressionen gegen Aktivisten, Menschenrechtler und Journalisten in Belarus im Vorfeld der für den 25. März landesweit geplanten Massenkundgebungen, auf.
24.03.2017	Der Außenminister von Norwegen, Børge Brende, äußert seine Sorgen bezüglich der Massenfestnahmen in Belarus.

24.03.2017	Präsident Aliaksandr Lukaschenka verkündet die offizielle Entscheidung, in näherer Zukunft eine Gedenkstätte in Kurapaty zu errichten.
24.03.2017	Präsident Aliaksandr Lukaschenka bezeichnet im Vorfeld der Massenkundgebungen am 25. März ein »ukrainisches Szenario« als für Belarus nicht »zulässig«.
24.03.2017	Der Leiter der Arbeitsgruppe zu Belarus der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Kent Harsted, äußert sich besorgt über die präventiven Festnahmen und Einschüchterungen in Belarus.
24.03.2017	Das Außenministerium von Frankreich äußert sich besorgt über die Repressionen in Belarus.
25.03.2017	Landesweit finden Kundgebungen zum »Freiheitstag« (Dzen Woli) anlässlich des 99. Jahrestags der Ausrufung der Belarussischen Volksrepublik im März 1918 statt. In den belarussischen Regionen nehmen insgesamt ca. 1.000 Menschen an den Aktionen teil. In den Städten Brest, Hrodna und Homel wurden die Kundgebungen offiziell genehmigt. In Minsk wird die Kundgebung auf der angemeldeten Route nicht erlaubt. Trotz mehrerer präventiver Festnahmen von Aktivisten und Oppositionsleiter sowie Einschüchterungen im Vorfeld der Kundgebung nehmen in Minsk ca.1.000 Menschen teil. Es kommt zu einer gewaltsamen Auflösung der Proteste: Nach Angaben der Menschenrechtler werden mind. 700 Menschen festgenommen, darunter Journalisten, Menschenrechtler sowie zufällige Passanten. Die meisten Festgenommenen werden am gleichen Tag freigelassen.
25.03.2017	Ein staatlicher Fernsehsender (»STW«) bringt eine Reportage über einen festgenommenen »Provokateur«, der im Auto, das angeblich dem Oppositionspolitiker Mikalaj Statkewitsch gehöre, mehrere Flaschen mit »Molotowcocktails« zur Kundgebung in Minsk transportiert habe.
25.03.2017	Die EU ruft die Behörden in Belarus in einer Erklärung zur Achtung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie der allgemeinen Menschenrechte in Belarus und zur unverzüglichen Freilassung aller festgenommenen Demonstranten und Journalisten auf. Eine ähnliche Erklärung wird von der Botschaft der USA in Minsk verbreitet.
26.03.2017	In Minsk sowie in Regionen landesweit (Hrodna, Babruisk, Pinsk, Brest, Witebsk, Orscha, Mahileu, Homel) finden spontane Proteste gegen die Festnahmen am 25. März statt. Insgesamt nehmen daran ca. 400 Menschen teil, es kommt zu insgesamt über 60 weiteren Festnahmen.
26.03.2017	Das belarussische Außenministerium bezeichnet das Handeln der Ordnungskräfte in Minsk am 25. März als »absolut adäquat«, da die Kundgebung von der Stadtregierung nicht erlaubt und nicht friedlich gewesen sei.
26.03.2017	Der Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), Michael Georg Link, verurteilt die »unnötige Gewalt« während der friedlichen Proteste in Minsk am 25. März.
26.03.2017	Das polnische Außenministerium ruft die Verantwortlichen in Belarus zur Beendigung der Repressionen gegen friedliche Demonstranten sowie zur Freilassung aller Festgenommenen auf. Am drauf folgenden Tag erklärt der Außenminister von Polen, Witold Waszczykowski, die EU werde ihre Belarus-Politik revidieren, sollten die Repressionen in Belarus weiter eskalieren.
27.03.2017	Der Berichterstatter des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Demokratie der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE), Andrea Rigoni, ruft die belarussischen Behörden zur Freilassung aller am 25. und 26. März in Belarus Festgenommenen auf.
27.03.2017	Der Oppositionspolitiker Mikalaj Statkewitsch erklärt, dass die im Fernsehen verbreitete Information über »Molotowcocktails« in seinem Auto nicht der Wahrheit entspreche.

27.03.2017	Der Außenminister von Litauen, Linas Linkevičius, schliesst die Möglichkeit der Einführung neuer EU-Sanktionen gegen Belarus nicht aus, sollte es im Land erneut politische Gefangene geben.
27.03.2017	Mehrere bei den Protesten am 25. und 26. März Inhaftierte (nach Angaben des Menschenrechtszentrum »Viasna« 145 in Minsk und 33 in Regionen) werden zivilrechtlich verurteilt (Geldstrafe oder Haftstrafe).
27.03.2017	In einer gemeinsamen Erklärung berichten der Leiter des Menschenrechtsausschusses der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Ignacio Sanchez Amor, und der Leiter der Arbeitsgruppe zu Belarus der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Kent Harsted, dass die Massenverhaftungen in Belarus ohne Beweisaufnahme erfolgt seien und die gewaltsame Auflösung der Proteste am 25. März nicht internationalen Standards entspreche. Die belarussischen Behörden werden zur Freilassung aller Festgenommenen aufgerufen.
27.03.2017	Die Internationale Föderation für Menschenrechte und die Weltorganisation gegen Folter verurteilen in einer gemeinsamen Erklärung die Inhaftierung von Menschenrechtsaktivisten, Journalisten und Beobachter am 25. März in Belarus.
28.03.2017	Die EU verurteilt das erste in Belarus im laufenden Jahr verhängte Todesurteil und ruft Belarus erneut zur Einführung eines Moratoriums für die Todesstrafe auf.
29.03.2017	Präsident Aliaksandr Lukaschenka trifft sich mit dem Vizepräsidenten der Weltbank für Geschäftspolitik, Kyle Peters, und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit. Im Rahmen einer Partnerschaftsstrategie der Weltbank-Gruppe für 2014–2017 werden in Belarus sieben Projekte mit einer Gesamtsumme von rund 650 Mio. US-Dollar realisiert.
29.–31.03.2017	Präsident Aliaksandr Lukaschenka hält sich zu einem offiziellen Besuch in Turkmenistan auf und führt Gespräche u. a. mit seinem Amtskollegen Gurbanguly Berdymuchamedow durch. Im Anschluss an die Verhandlungen werden 11 bilaterale Dokumente über die Zusammenarbeit in mehreren Bereichen unterzeichnet. Die Staatschefs nehmen an der Eröffnungszeremonie des Gebäudekomplexes der Botschaft von Belarus in Turkmenistan teil und besuchen das Bergbau- und Aufbereitungskombinat Garlyk, dessen Bau durch die belarussische Seite vor kurzem abgeschlossen wurde.
27.03.2017	Miklós Haraszi, der UNO-Sonderberichterstatter für Menschenrechte in Belarus, äußert sich besorgt über die Massenrepressionen gegen friedliche Demonstranten, Nichtregierungsorganisationen, Journalisten und Opposition in Belarus.
29.03.2017	Die Kontaktgruppe zur Krise in der Ukraine tagt in Minsk.
30.03.2017	Der Botschafter der Russischen Föderation in Belarus, Alexandr Surikov, nennt den Unionsstaat zwischen Belarus und Russland »das am weitesten fortgeschrittene Integrationsprojekt im postsowjetischen Raum«.
31.03.2017	Das Büro des in Polen registrierten und von Polen finanzierten belarussischsprachigen TV-Senders »Belsat« wird durchgesucht, die Technik wird konfisziert.
April	
03.04.2017	Präsident Aliaksandr Lukaschenka befindet sich zu einem offiziellen Besuch in Russland und trifft sich mit seinem Amtskollegen Wladimir Putin. Alle Fragen im Erdöl- und Gasbereich sollen in den kommenden 10 Tagen geregelt werden, berichtet Putin über das Ergebnis des bilateralen Gesprächs zwischen den beiden Präsidenten. Laut Lukaschenka habe Russland die Entscheidung getroffen, die Schulden von Belarus in Höhe von 750–800 Mio. US-Dollar im laufenden Jahr zu refinanzieren.

03.–05.04.2017	Eine EU-Delegation unter Leitung des Exekutivdirektors für Europa und Zentralasien im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), Thomas Mayr-Harting, hält sich in Belarus auf. Es werden Treffen mit Oppositionspolitikern sowie mit Außenminister Uladsimir Makej und der Leitung der Verwaltung des belarussischen Präsidenten durchgeführt. Im Außenministerium tagt die Koordinationsgruppe Belarus-EU – zur Teilnahme werden u. a. Vertreter der Zivilgesellschaft in Belarus eingeladen. Gesprächsthemen sind u. a. die Beziehungen zwischen Belarus und der EU, das Zusammenwirken im Bereich der Mobilität, die Kooperation im Rahmen der Technischen Hilfe und die Situation rund um die Menschenrechte.
05.04.2017	Laut dem Jahresbericht der Organisation »Freedom House«, hat sich die Situation der Menschenrechten in Belarus im Jahr 2016 etwas verbessert – allerdings gilt das Land immer noch als »nicht frei«.
06.04.2017	In einer vom EU-Parlament verabschiedeten Resolution zu Belarus werden die gewaltsame Auflösung von friedlichen Protesten in Belarus sowie die Verhaftung von Teilnehmenden verurteilt; die belarussischen Behörden werden u. a. zur Freilassung aller Festgenommenen, zur Achtung der Rechte und Freiheiten der Bürger sowie zur Aufnahme eines Dialogs mit der Zivilgesellschaft aufgerufen.
06.04.2017	Der stellvertretende Verteidigungsminister der Ukraine, Iwan Rusnak, äußert seine Sorgen über die für September 2017 geplanten gemeinsamen Militärübungen von Russland und Belarus »Sapad-2017« (auf Deutsch »Westen-2017«).
06.04.2017	In Minsk werden Konsultationen der Berater der Staatschefs der Normandie-Gruppe (Russland, Ukraine, Deutschland, Frankreich) durchgeführt.
09.04.2017	In Babruisk findet eine offiziell genehmigte Kundgebung für Rechte und Freiheiten der Bürger statt. Daran beteiligen sich ca. 50 Menschen. Lokale Behörden treffen sich mit den Protestierenden und beantworten ihre Fragen vor allem bezüglich der Arbeitssituation in der Region.
09.04.2017	Der Premierminister von Belarus Uladsimir Semaschka informiert in einem Interview mit dem belarussischen TV-Sender »ONT« über die beschlossene Vereinbarung mit Russland, neue Kredite in Höhe von ca. 1 Mrd. US-Dollar über den Eurasischen Fonds für Stabilisierung und Entwicklung an Belarus zu vergeben.
11.–13.04.2017	Eine Parlamentsdelegation aus Polen unter Leitung des Co-Vorsitzenden der polnisch-belarussischen Parlamentsgruppe, Adam Andruszkiewicz, besucht Belarus. Es werden u. a. Treffen mit dem Vizesprecher der Repräsentantenkammer des belarussischen Parlaments, Baliaslau Pirschtuk, dem Vorsitzenden der Ständigen Kommission für Menschenrechte, nationale Beziehungen und Massenmedien im Parlament, Andrei Naumowitsch, mit Mitgliedern des Verbands der polnischen Unternehmen in Belarus sowie mit Vertretern der belarussischen Opposition durchgeführt.
12.04.2017	Im staatlichen TV-Sender »Belarus-1« wird eine Reportage über »Extremisten« in Belarus gezeigt, die eine gewaltsame Provokation bzw. einen Terroranschlag am 25. März (Dzen Woli) in Minsk geplant hätten. Die Leitung hätte der Oppositionspolitiker Mikalaj Stankewitsch übernommen und die Kämpfer seien u. a. in Polen trainiert worden. Der stellvertretende Vorsitzende der polnisch-belarussischen Parlamentariergruppe im polnischen Sejm, Arkadiusz Mularczyk, nennt die Information über die Trainingslager in Polen, »eine politische Fantasterei«.
12.04.2017	Präsident Aliaksandr Lukaschenka unterzeichnet den Zollkodex der Eurasischen Wirtschaftsunion. Die Staatschefs von Russland, Armenien, Kasachstan und Kirgisistan hatten den Kodex bereits am 26. Dezember 2016 unterzeichnet. Der Kodex soll am 1. Juli 2017 in Kraft treten.

12.04.2017	Der Außenminister von Belarus Uladsimir Makej nimmt am Außenministertreffen der Visegrád-Gruppe (Ungarn, Polen, Slowakei, Tschechien) und der Östlichen Partnerschaft (ÖP) in Warschau teil. Hauptthema des Treffens ist die Zusammenarbeit der Staaten der Visegrád-Gruppe und der Östlichen Partnerschaft im Vorfeld des ÖP-Gipfeltreffens. Makej führt u. a. ein Gespräch mit dem EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, Johannes Hahn, zu den Beziehungen zwischen der EU und Belarus und zur Menschenrechtslage und Demokratie im Land.
12.04.2017	In Minsk findet eine weitere Tagung der trilateralen Kontaktgruppe zur Beilegung der Ukraine-Krise statt.
13.04.2017	Die Regierung Russlands genehmigt ein Dokumentenpaket zu Öl- und Gaslieferungen nach Belarus. Laut den Vereinbarungen nimmt Russland die Öllieferungen im Volumen von 24 Mio. t pro Jahr spätestens am 13. April wieder auf. Darüber hinaus refinanziert Russland die Schulden von Belarus in Höhe von 750–800 Mio. US-Dollar. Der Importpreis für Gas wird ebenso geregelt.
13.–14.04.2017	Präsident Aliaksandr Lukaschenka nimmt in Kirgisistan an der Sitzung des Obersten Eurasischen Wirtschaftsrats teil. Im Anschluss an das Treffen werden 11 Dokumente unterzeichnet – damit werden u. a. die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik der beteiligten Staaten für 2017–2018 festgelegt.
20.04.2017	Das Parlament Litauens genehmigt den Gesetzentwurf über das Verbot des Atomenergieimportes aus nicht sicheren ausländischen AKWs. Darunter fällt laut Litauen auch das sich im Bau befindliche belarussische AKW.
21.04.2017	Präsident Aliaksandr Likaschenka wendet sich mit der Jahresbotschaft an das belarussische Volk und die Nationalversammlung. Er betont u. a. Folgendes: Eine nationale Konsolidierung sei entscheidend für die Zukunft und Unabhängigkeit von Belarus – dabei sei auch eine moderne Armee von großer Bedeutung; Belarus sei an einer Zusammenarbeit mit der EU und den USA in Fragen der Stabilisierung der Sicherheitssituation in Europa interessiert; darüber hinaus seien Europa und die USA für Belarus ein »Schlüssel« für Investitionen und neue Märkte; inländische »oppositionelle« und ausländische Medien sollen für eine »unglaubliche« Berichterstattung über politische Ereignisse in Belarus (gemeint sind die jüngsten Massenproteste) die Verantwortung tragen, denn sie würden der belarussischen nationalen Sicherheit schaden.
26.04.2017	Am 31. Jahrestag der Tschernobyl Katastrophe finden in mehreren belarussischen Städten Kundgebungen statt.
26.04.2017	Präsident Aliaksandr Lukaschenka nimmt zusammen mit seinem ukrainischen Amtskollegen Petro Poroschenko an den Veranstaltungen zum 31. Jahrestag des Unfalls am Tschernobyl AKW teil. Am gleichen Tag treffen sich die beiden Präsidenten zu einem bilateralen Gespräch in Belarus. Lukaschenka berichtet über die Bereitschaft von Belarus, humanitäre Hilfe für die ukrainische Bevölkerung in der Konfliktzone bereitzustellen.
26.04.2017	Ein Treffen der trilateralen Kontaktgruppe zur Krise in der Ukraine findet in Minsk statt.
26.–28.04.2017	Der Leiter der Abteilung für gesamteuropäische Zusammenarbeit im belarussischen Außenministerium, Andrej Buschila, hält sich in Straßburg auf, um an der Sitzung nationaler Koordinatoren des Projekts »Rahmen der Programmkooperation« (EU/Europarat) teilzunehmen. Buschila führt u. a. Gespräche mit der Programmdirektorin des Europarates, Verena Taylor, und dem Direktor des Europarates für politische Angelegenheiten, Alexander Gessel. Im Mittelpunkt der Treffen steht die Zusammenarbeit zwischen Belarus und dem Europarat.
27.04.2017	Der belarussische Außenminister Uladsimir Makej schreibt anlässlich des 25. Jubiläums der außenpolitischen Beziehungen der Republik Belarus in der Zeitschrift »Belaruskaja dumka« über die positive Dynamik der Beziehungen zwischen Belarus und den USA sowie Belarus und der EU.

28.04.2017	Die USA verlängern die Aussetzung der 2006 eingeführten Sanktionen gegen neun belarussische Unternehmen bis zum 30. Oktober 2017. Die Aussetzung war am 29. Oktober 2015 eingeführt worden. Die nun erfolgte Verlängerung ist vor allem an die Unterstützung der belarussischen Wirtschaft gerichtet, erklärt die US-Botschaft in Minsk am Folgetag.
Mai	
01.05.2017	Es finden landesweit Kundgebungen zum 1. Mai statt, die sowohl von behördlicher als auch von oppositioneller Seite organisiert werden. Es kommt zu mehreren Festnahmen oppositioneller Aktivisten im Vorfeld und nach den Aktionen sowie zur Bestrafung von Ordnungswidrigkeiten.
03.–05.05.2017	Eine Delegation des Internationalen Sekretariats der OSZE PV um den stv. Generalsekretär Gustavo Pallares hält sich in Minsk auf, um sich an den Vorbereitungen auf die 26. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE am 5.–9. Juli in Minsk zu beteiligen.
05.05.2017	Menschenrechtler in Belarus berichten über die Hinrichtung von Siarhei Wostrykau, der im Mai 2016 zur Todesstrafe verurteilt wurde. Am Folgetag erklärt der Generalsekretär des Europarates, Thorbjørn Jagland, äußert sein tiefes Bedauern und ruft die belarussischen Behörden zur Einführung eines Vollstreckungsmoratoriums auf. Einen ähnlichen Aufruf veröffentlicht die EU am gleichen Tag. Am 9. Mai folgt Der Direktor des OSZE-Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), Michael Georg Link.
09.05.2017	In Belarus wird landesweit der 72. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg gefeiert.
09.–11.05.2017	Der stv. Außenminister von Belarus, Aleh Krautschanka, hält sich zu einem offiziellen Besuch in Washington auf und nimmt an der Konferenz »Zwischen Ost und West: Belarus an der Kreuzung« teil, die vom »Atlantic Council« und der »Jamestown Foundation« organisiert wurde. Krautschanka führt Gespräche u. a. mit US Deputy Assistant Secretary of State, Bridget Brink, sowie mit Vertretern des Büros für Menschenrechte, Demokratie und Arbeit. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die aktuelle Lage und Perspektiven der belarussisch-amerikanischen Kooperation.
11.05.2017	Der Organisation »Jugend der Aufklärung« (Jugendorganisation der Partei »Belarussisches Volksfront«), die in den Bereichen Kultur und Bildung tätig ist, wird vom Minsker Städtegericht zum zweiten Mal im laufenden Jahr die Registrierung versagt.
13.–16.05.2017	Präsident Aliaksandr Lukashenka hält sich zu einem offiziellen Besuch in China auf, um an einem internationalen Wirtschaftsforum teilzunehmen. Lukaschenka führt bilaterale Treffen u. a. mit dem chinesischen Präsidenten, Xi Jinping, mit dem pakistanischen Premierminister, Nawaz Sharif, und dem Präsidenten der Türkei, Recep Tayyip Erdogan. Besprochen wird dabei jeweils die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Bau, Investitionen, Finanzen, Landwirtschaft und Tourismus. Im Anschluss wird ein Regierungsabkommen über die technische und wirtschaftliche Kooperation zwischen China und Belarus unterzeichnet.
15., 24.05.2017	In Minsk tagt die trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine.
17.–18.05.2017	Der Präsident Serbiens, Tomislav Nikolić, hält sich zu einem Arbeitsbesuch in Belarus auf. Er trifft sich mit seinem Amtskollegen Aliaksandr Lukaschenka, um allgemeine Fragen der bilateralen Beziehungen und die Umsetzung gemeinsamer Investitionsprojekte zu besprechen.
25.05.2017	Die Beziehungen zwischen der EU und Belarus werden sich nicht verbessern, solange Minsk nicht die Sicherheitsbedenken bezüglich des im Bau befindlichen AKW an der Grenze zu Litauen zerstreut bzw. entsprechende Stresstests (SSED-Tests) durchführt, so der stv. Vorsitzende der Europäischen Kommission und EU-Energiekommissar, Maroš Šefčovič.

26.05.2017	Eine Delegation von ausländischen, in Belarus akkreditierten Diplomaten besucht die Baustelle des AKW in Astrawets. Diplomaten aus Litauen nehmen am Besuch nicht teil.
30.–31.05.2017	In Kaunas, Litauen, findet das 13. Belarussisch-Litauisches Wirtschaftsforum unter Beteiligung mehrerer Minister beider Länder statt. Die Hauptthemen des Forums sind die Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Tourismus, Transport und Logistik, Investitionen und Finanzen.
Juni	
01.06.2017	Der Pressesprecher des Außenministeriums von Belarus, Dzmitry Mirontschyk, erklärt, dass Belarus auf einen konstruktiven Dialog mit Litauen bezüglich des Baus des AKW nah der Grenze zu Litauen zählt.
01.06.2017	Der Außenminister von Belarus, Uladsimir Makej, kritisiert die EU-Sanktionen gegen Russland, die 2014 nach der Annexion der Krim und dem Beginn des Konflikts im Südosten der Ukraine eingeführt wurden, sowie die Sanktionen Russlands gegen die EU.
02.06.2017	Der Außenminister von Belarus, Uladsimir Makej, erklärt in einem Interview gegenüber Journalisten, es sei für Belarus sehr schwierig, während des Konfliktes zwischen der EU und Russland zwischen den beiden Seiten zu »balancieren«.
05.06.2017	In Minsk werden Vorschläge für demokratische Reformen, die von elf Oppositionsparteien in Belarus entwickelt wurden, während einer Konferenz präsentiert und diskutiert.
05.06.2017	Die Präsidentin Litauens, Dalia Grybauskaitė, spricht in einem Interview mit dem litauischen Fernsehsender LRT über die aktuellen Herausforderungen für Litauen – darunter sind die Militarisierung der Kaliningrader Region, die Nachbarschaft mit Russland und Belarus und die Nutzung des belarussischen Territoriums für »aggressive Spiele gegen den Westen«. In Reaktion auf diese Aussagen ruft das Außenministerium von Belarus am 8. Juni zum Verzicht auf Emotionen in diplomatischen Beziehungen auf.
07.06.2017	Laut dem Abschlussbericht der Experten der Internationalen Atomenergiebehörde über die SEED-Mission in Belarus, die vom 16.–20. Januar 2017 durchgeführt wurde, ist das sich im Bau befindende AKW in Belarus resistent gegen äußere Bedrohungen.
08.06.2017	Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Zeid Raad al-Hussein, kritisiert während der 35. Sitzung des UN-Rates für Menschenrechte in Genf einige Länder für ihre Ablehnung einer Kooperation mit dem UN-Sonderberichterstatter – darunter sind Belarus, Israel, Iran, Eritrea und Nordkorea.
08.–09.06.2017	Präsident Aliaksandr Lukaschenka hält sich zu einem Arbeitsbesuch in Kasachstan auf und nimmt am Gipfel der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit teil. Am Rande der Sitzung führt der Präsident bilaterale Gespräche mit seinem kasachischen Amtskollegen, Nursultan Nasarbajew, sowie mit den Staatsechefs weiterer Länder. Belarus sei bereit, zu einer Verbindungsbrücke zwischen Europa und Asien zu werden, so Lukaschenka.
09.06.2017	Die Verstärkung der Kontrollmaßnahmen an der russisch-belarussischen Grenze sei durch die Gefahr des internationalen Terrorismus begründet, erklärt der Botschafter Russlands in Belarus, Alexander Surikow.

Zusammengestellt auf der Grundlage der Meldungen der Nachrichten-Agentur BelaPAN und der Homepage naviny.by.

Quelle: Belarus-Analysen 30–32, <<http://www.laender-analysen.de/belarus>>